

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 49 (1957)
Heft: 10

Artikel: 89. Jahreskongress des TUC
Autor: Bieligg, K.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353812>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neben den privaten, neben den staatlichen und kommunalen Sektoren der Wirtschaft dürfte in der Zukunft – namentlich in der Produktion von Energie – die gemischtwirtschaftliche Form sich entwickeln. Diese gemischtwirtschaftliche Form soll dem Wohl der Volksgesamtheit verpflichtet bleiben, also nicht vom Profitinteresse des privaten Kapitals kommandiert werden. Es genügt, sich vorzustellen, die Produktion und Verwertung von Elektrizität oder von Gas wäre dem Kommando privaten Gewinnstrebens ausgeliefert! Und man stelle sich vor, die Auswertung der Atomkräfte zu wirtschaftlichem Zwecke bliebe den Bereichen privaten Gewinnstrebens versklavt! In den Regionen kapitalintensiver Unternehmen ist die dem Volkswohl verpflichtete gemischtwirtschaftliche Betriebsform unerlässlich, wie – auf seinem begrenzten Gebiet – der Staats- und der Kommunalbetrieb.

Im arbeitsintensiven Gewerbe sind Arbeiter-Produktivgenossenschaften ebenso unerlässlich. Sie sind nicht nur in bezug auf Preisgestaltung und Arbeitsbedingungen Gradmesser für das Mögliche. Sie sind mehr. Sie sind auch Schulen der Gemeinwirtschaft. Denn in ihnen schulen sich der Arbeiter, der Angestellte, der Leiter – alle dem Volk und dessen Sorgen nahe – in der Fähigkeit und in der Freude, durch genossenschaftliche Leistung sich Vertrauen zu erwerben.

Arbeiter-Produktivgenossenschaften, dem menschlich Unvollkommenen genau so verhaftet, wie jede von Menschen stammende und durch Menschen getragene Einrichtung, wollen dadurch, daß sie *sind* und dadurch, daß sie sich trotz aller Hemmnisse *bewähren*, den Weg freimachen helfen zu der *Erkenntnis*, daß alles Wirtschaften in der Hebung der Volkswohlfahrt und in der Wahrung der Menschenwürde seine Erfüllung und seine Rechtfertigung finden will.

Robert Bolz, Zürich

89. Jahreskongreß des TUC

Zu Beginn seines 90. Lebens- und Wirkungsjahres hat der Englische Gewerkschaftsbund mit seinem 89. Jahreskongreß ein ermunterndes Beispiel von Lebensfrische und Klarheit in seinem Wollen demonstriert. Eine weitere Zunahme an Mitgliedern der 184 angeschlossenen Verbände um über 42 000 im vorigen Jahr erhöht die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf über 8 304 000; um annähernd 500 000 ist sie in den letzten sechs Jahren gestiegen. Dieses stetige Wachstum ist um so mehr beachtlich, als der Gewerkschaftsbewegung in der gleichen Periode ihre Tätigkeit durch die konservative Regierung erschwert wurde und sie das Ziel fortgesetzter Angriffe der Unternehmer und der Presse war.

Diese günstige Entwicklung ist ein unwiderlegbarer Beweis für das noch immer wachsende Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung in die Gewerkschaftsbewegung. Sie ist ein weit zuverlässigerer Maßstab als die angeblichen Resultate der jüngsten Gallup-Abstimmung, die den tausend Delegierten des Kongresses vor seinem Beginn vor dem Opernhaus in Blackpool ausgehändigt wurden. Danach sollen auf die Frage: «Sind die Gewerkschaften gut für England?» statt 71 von je 100 Gefragten im Jahre 1954 im August 1957 nur 53 mit Ja geantwortet haben; weiter sollen auch von den gefragten Gewerkschaftsmitgliedern diesmal weniger mit Ja geantwortet haben als 1956. Der liberale «News Chronicle», der ein besonderes Interesse für die Gallup-Abstimmung hat, sieht darin «eine sehr ernste Warnung an die Gewerkschaftsbewegung». Die Delegierten konnten sie aber ruhig übersehen, wissen sie doch, daß dieses Blatt an einem dauernden Leserschwund leidet, während ihre Bewegung sich immer mehr ausdehnt und innerlich stärkt.

Beiderseitige Verantwortung

Von überlegener und ruhiger Selbstsicherheit war die Rede des Präsidenten, *Tom Williamson*, Generalsekretär des Verbandes der Gemeinde- und allgemeinen Arbeiter (810 000 Mitglieder) getragen. Er sieht keinen Grund, warum in den nächsten Jahren die Probleme zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern nicht friedlich gelöst werden sollen, wenn alle ehrlich die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in der Wirtschaft übernehmen. Daß das in beträchtlichem Umfang schon in den zurückliegenden Jahren geschehen ist, lehrt die Statistik. Sie berichtet, daß in den Jahren von 1947 bis 1954 von allen in jedem Jahre geleisteten Arbeitstagen in England nur eineinhalb Arbeitstag je Beschäftigten der Wirtschaft durch Arbeitskämpfe verloren ging. Den wenigen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich wilden Bewegungen anschließen, sagte er, daß er nichts für sie übrig habe, wenn sie «die Satzungen und die Politik ihrer eigenen Organisation überlisten und umkehren wollen». Sie schrien nach demokratischen Rechten, aber sahen selbstsüchtig nur mit einem blinden Auge auf die elementaren Grundsätze der gewerkschaftlichen Demokratie und auf die Verpflichtungen der gewerkschaftlichen Solidarität. Er sagte weiter:

«Das Recht auf den Streik ist die äußerste Waffe der freien Gewerkschaft, und sie darf niemals aufgegeben werden. Aber weil die Verweigerung der Arbeit ein so ernster Schritt ist, sollten die Arbeiter unter Beachtung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Bestimmungen und nur, wenn alle anderen Verhandlungsmethoden erschöpft sind, zum Streik aufgerufen werden. Es ist nichts Tugendhaftes, zu streiken, wenn keine wirkliche Notwendigkeit dafür gegeben ist. Jeder Konflikt muß mit einer

Vereinbarung beendet werden, und wir sollten alles tun, was wir können, um eine Lösung zu finden, bevor es zum Streik kommt; selbst wenn es Geduld und Selbstbeherrschung gegenüber Provokationen erfordert.»

Aber der führende Vertrauensmann der drittgrößten englischen Gewerkschaft, der in mehreren zentralen Wirtschaftsausschüssen oft mit den Unternehmervertretern verhandelt, erinnerte die Gesellschaftsdirektoren und Betriebsinhaber an ihre Verantwortlichkeiten. «In diesem Jahre», so erklärte er, «haben einige Ihrer Sektionen demonstriert, wie die gegenseitigen Beziehungen in der Wirtschaft *nicht* gestaltet werden sollten. Die ernste Arbeitseinstellung in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie war von den Unternehmern durch die überlegte und verächtliche Mißachtung des normalen demokratischen Verhandlungsprozesses provoziert. Dieses Zurschaustellen einer Autokratie gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft würde besser in jene Tage gepaßt haben, als fast alle Unternehmer noch eher an ihre Maschinen als an ihre Arbeiter dachten. Es ist kein Kredit für die Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts, wenn Teile der Unternehmer noch immer diese längst überaltete Wertskala anwenden.»

Tom Williamson wird allgemein als einer der meist gemäßigten Gewerkschaftsführer geachtet. Um so mehr verdient seine sachliche Kritik Beachtung von denen, für die sie bestimmt ist.

Organisationsreform vertagt

Der Jahresbericht des Generalrats, ein Buch von 245 Seiten mit 413 verschiedenen Themen, wird mit dem Abschnitt «*Beziehungen zwischen den Gewerkschaften*» eingeleitet. Auf 29 Seiten erstattet das Konfliktskomitee des Generalrats Bericht über seine Tätigkeit. Infolge der zahlreichen Verbände – 40 in der Schiffsbau- und Maschinenindustrie, 35 in der Textil- und Bekleidungsindustrie, 19 im Baugewerbe, 17 in der Stahlindustrie, 13 in der graphischen und Papierindustrie – lassen sich Reibereien und Konflikte zwischen den einzelnen Organisationen nicht ganz vermeiden. Es geschieht, daß sich ein Verband in einem Betrieb auszudehnen versucht, in dem er bisher nur schwach vertreten war. Darin wird von einer anderen Gewerkschaft «Mitgliederfang» gesehen. Oder es kommt zu Differenzen, ob eine bestimmte Arbeit in einem Betrieb, in dem ein halbes Dutzend Gewerkschaften Mitglieder haben, von Angehörigen dieser oder jener Gewerkschaft getan werden soll. Die meisten Facharbeitergewerkschaften sehen streng darauf, daß ihre Arbeit nicht von Halbgelernten oder Ungelernten übernommen wird. Differenzen dieser Art vermehren sich mit der fortschreitenden Technisierung der industriellen Produktion. Ist keine direkte Verständigung zwischen den beteiligten Gewerkschaften möglich, so muß der Konflikt dem Komitee des Generalrats überwiesen werden. Es

beginnt mit den Verständigungsbemühungen erneut, und nur wenn diese erfolglos sind, fällt es einen Schiedsspruch, dem sich die Verbände fügen.

Die historisch gewordene organisatorische Struktur befriedigt einen Teil der Gewerkschaften nicht länger. Fast jedem Kongreß liegen einige Entschließungen vor, die eine Veränderung in Gang setzen wollen. Diesmal waren solche Vorschläge von sieben Gewerkschaften eingereicht, darunter vom Eisenbahnarbeiterverband (370000) und der Landesgewerkschaft der öffentlichen Arbeiter (175 000). Ihr gemeinsamer Kern war, daß der Kongreß dem Generalrat den Auftrag erteilen sollte, eine Untersuchung durchzuführen und Empfehlungen an einen späteren Kongreß zu machen, wie die Struktur der gewerkschaftlichen Organisation vereinfacht werden könnte. Die Beratungen darüber fanden in geschlossener Sitzung statt. Die Anhänger einer umfassenden Organisationsreform verwiesen dabei auch auf die mannigfachen Auswirkungen des technischen Fortschritts, so unter anderem auf die rapide Veränderung der alten Idee vom Facharbeiter in vielen Zweigen der Wirtschaft. Diese Entwicklung sollte nach ihrer Meinung den Gewerkschaftsbund zwingen, zu überprüfen, ob es länger wünschenswert sei, zum Beispiel zwanzig Gewerkschaften für die technischen Angestellten oder vierzig Verbände für die Schiffsbau- und Maschinenindustrie zu haben.

Der Generalsekretär des TUC, Vincent Tewson, erklärte dazu, daß der Generalrat nicht die Macht habe, eine Verschmelzung zu diktieren. Seit der letzten Untersuchung im Jahre 1947 seien zwanzig Verschmelzungen erfolgt. In einfacher Abstimmung wurden die Entschließungen mit starker Mehrheit abgelehnt.

Eine Anzahl Verbände haben in jüngster Zeit Verschmelzungsverhandlungen geführt, und es besteht die Aussicht, daß sich in nächster Zeit vier oder fünf Verbände der graphischen Industrie vereinigen werden. Es würde dann eine neue graphische Gewerkschaft mit über 90 000 Mitgliedern erstehen.

Von Interesse ist, daß die konservative und liberale Presse, mehrere Wirtschaftsprofessoren und andere Außenstehende sich auffällig für eine Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung eingesetzt haben. Sie werden dabei von den Bestrebungen nach einer zentral geleiteten Lohnpolitik bestimmt, die die einzelnen Verbände, die jetzt auf diesem Gebiet autonom sind, weitgehend ausschaltet und die Verantwortung dem Generalrat oder einer noch kleineren Exekutivkörperschaft überträgt. Die große Mehrzahl der Gewerkschaften lehnt jedoch einen solchen Plan entschieden ab.

Internationale Solidarität – Ungarn

Der Kongreß stimmte einmütig dem Vorschlag des Generalrats zu, zu dem *Solidaritätsfonds des Internationalen Bundes Freier Gewerk-*

schaften innerhalb von drei Jahren 500 000 Pfund Sterling, das sind über 6 100 000 Franken, beizutragen. Dieser Betrag soll nicht den Kassen der Gewerkschaften entnommen, sondern von den Mitgliedern aufgebracht werden. Der Solidaritätsfonds ist in erster Linie für die Unterstützung der Opfer von Diktaturregimen und für die Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in den weniger entwickelten Ländern gedacht.

Ueber Ungarn sagt der Generalrat in seinem Bericht:

«Der ungarische Aufstand war zuerst erfolgreich. Für einige Tage schien es, daß es dem ungarischen Volk gelingen könnte, das ihm aufgezwungene Regime abzuschütteln und selbst zu wählen, wer seine Geschicke leiten soll. Die sowjetischen Oberlords dachten aber anders und sandten ihre bewaffnete Macht, die die ungarische Revolution rücksichtslos niederschlug. Der heroische Kampf des ungarischen Volkes, in dem die Arbeiter und Studenten eine führende Rolle hatten, erweckte die herzlichste Sympathie und Bewunderung der freien Welt. Gleichzeitig löste die feige Aktion der Sowjetregierung tiefe Entrüstung aus. Die britischen Arbeiter waren von dem Mut und den Leiden der ungarischen Arbeiter tief bewegt, die ihren Kampf angesichts einer rücksichtslosen Einmischung einer feindlichen Armee führten. Sie erkannten sehr bald, daß diese tragischen Ereignisse Tausende von Opfern zurücklassen würden, die dringende Hilfe nötig haben; nicht nur in Ungarn, sondern auch unter jenen, die über die österreichische Grenze geflüchtet waren.»

Ein als Kommunist bekannter Delegierter, der ausdrücklich betonte, nur seine persönliche Meinung vorzutragen, protestierte gegen diese Stellungnahme. Er wurde anfangs ruhig angehört; als er aber erklärte, daß es Delegierte gäbe, die die Auffassung haben, daß die Sowjetregierung korrekt handelte, als sie dem Appell der ungarischen Regierung Folge leistete und die Revolte in Budapest unterdrückte, schlug ihm ein tosender Sturm von entrüsteten Zurufen entgegen, so daß keine Silbe mehr zu verstehen war. Es vergingen einige Minuten, bevor der Präsident die Ruhe wieder hergestellt hatte; inzwischen hatte der Sprecher die Rednertribüne verlassen. Unter starkem Beifall der Delegierten wies der Generalsekretär des Verbandes der chemischen Arbeiter diese Ausführungen zurück. Er sei drei Wochen vor dem Aufstand selbst in Budapest gewesen und was er da gesehen habe, habe ihn davon überzeugt, daß es «niemals in der Geschichte eine volkstümlichere Revolte gegeben habe als diese».

Sicherung des Lebensabends

Eines der ernstesten sozialen Probleme Englands, die dringend einer Lösung bedürfen, bietet die Lage der über 4 500 000 Altersrentner. Sie sind zurzeit von einer Rente abhängig, die zu den Leistungen der Sozialversicherung gehört und zu der alle erwachsenen Personen, außer den unbeschäftigten verheirateten Frauen, Beiträge zu ent-

richten haben. Sie beträgt seit 1953 unverändert Fr. 24.40 für eine Einzelperson und Fr. 39.80 für ein Ehepaar pro Woche. Die Lebenshaltungskosten für eine Arbeiterfamilie haben sich in den vier Jahren nach dem amtlichen Index um 25 Prozent erhöht, in Wirklichkeit sind sie für die Altersrentner mehr gestiegen, da die Nahrungsmittelpreise um das Doppelte verteuert wurden. Die Rente für die alten Leute aber ist unverändert geblieben. Der Generalrat und die Leitung der Arbeiterpartei erhalten von ihren Ortsgruppen im ganzen Lande seit Monaten Aufforderungen, den Altersrentnern zu helfen. Gewerkschaften und Partei haben an die Regierung appelliert und sie von der Notwendigkeit einer Rentenerhöhung zu überzeugen versucht. Aber die Regierung bleibt steinhart.

Mehrere Entschlüsse bringen die tiefste Besorgnis über den Zustand, in dem sich die Altersrentner befinden, zum Ausdruck. Die Hauptentschließung erklärt, daß alle Arbeiter, die in den Ruhestand getreten sind, den Anspruch auf eine Mindestrente haben, die ausreichend für die Notwendigkeiten des Lebens ist und ihnen ein vernünftiges Maß von Komfort sichert. An die Regierung wird das Verlangen nach einer sofortigen beträchtlichen Erhöhung und nach einer periodischen Ueberprüfung der Rentensätze gerichtet, damit ihr realer Wert mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten Schritt hält. Mehrere Delegierte geißelten die Regierung für die soziale Härte, die ihr Verhalten den Altersrentnern auferlegt. Einmütig stimmte der Kongreß zu.

Die Soforthilfe ist jedoch nur ein Teil des Problems, das erst mit einer großzügigen Neugestaltung der staatlichen Altersrente seine volle Lösung finden wird. Deshalb hat sich der Generalrat auch mit dem von einem Sonderkomitee der Arbeiterpartei ausgearbeiteten Plan beschäftigt. Sein Sachverständiger für soziale Angelegenheiten bezeichnete ihn vor dem Kongreß als den «größten Beitrag in unserer Geschichte für die Wohlfahrt derer, die ihren Lebensabend erreicht haben». Die wichtigsten Neuerungen in Labours Plan sind die Einführung einer Zusatzrente, die die allgemeine staatliche Altersrente ergänzen soll. Die Zusatzrente soll im Prinzip ebenso alle Personen umfassen. Aber es sollen jene Versicherten davon ausgenommen werden können, die schon jetzt neben der staatlichen noch eine private Altersrente oder Pension beziehen, die ebensohoch oder noch höher ist als die vorgeschlagene Zusatzrente. Es wird angenommen, daß diese nach einer gewissen Anlaufzeit so festgesetzt werden kann, daß die Gesamtrente für einen Versicherten, der zu den Durchschnittsverdienern gehörte, zwei Drittel bis drei Viertel seines früheren Wochenverdienstes beträgt; also etwa 70 bis 80 Franken wöchentlich. Für die Altersrentner, die früher Stellungen mit besserem Verdienst hatten, würde sich die Gesamtrente wesentlich erhöhen, ohne den eben angeführten hohen Prozentsatz zu erreichen. Die Abstufung der Zusatzrente durchbricht

den vor neun Jahren in die englische Sozialversicherungsgesetzgebung eingeführten Grundsatz der einheitlichen Versicherungsbeiträge und der einheitlichen Unterstützung und Rentensätze für die verschiedenen Berufszweige, ohne Rücksicht auf die Höhe des früheren Einkommens. Ebenso wichtig ist eine andere Neuerung: die Erhaltung des Realwertes der Gesamtrente. Verliert das Geld infolge der Teuerung an Wert, so wird sie erhöht werden.

Der Kongreß schloß sich den Darlegungen seines Sozialsachverständigen, *A. Roberts*, an, so daß die Beauftragten des Generalrats und der Arbeiterpartei in gemeinsamen Beratungen die Neugestaltung der Altersrente weiter untersuchen und bis zum nächsten Jahre einen endgültigen Plan ausarbeiten werden.

Gemeinsamer europäischer Handelsmarkt

Vor einem Jahre hat die englische Regierung den Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg vorgeschlagen, die von ihnen inzwischen beschlossene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch ein Abkommen über einen *gemeinsamen Markt* zu ergänzen. Ihm sollen außer diesen Staaten England, die skandinavischen Länder und auch die Schweiz beitreten können. Die Verhandlungen darüber haben sich infolge der Differenzen zwischen der englischen Regierung und den Regierungen der sechs Länder verzögert.

Auch in den englischen Wirtschaftskreisen bestehen Meinungsverschiedenheiten über diesen Schritt. Die führenden Industriellen scheinen jedoch die Nachteile für England bei einer Nichtbeteiligung für schwerer anzusehen und befürworten trotz vielen Bedenken den Anschluß Englands an einen gemeinsamen europäischen Handelsmarkt.

Da davon unmittelbar auch Interessen der Arbeiterschaft berührt werden, ist der Plan mit allen seinen möglichen Auswirkungen vom Generalrat eingehend untersucht worden. Er hat seine Stellungnahme der Regierung bekanntgegeben und von ihr verlangt, daß sie ihn im Verlaufe weiterer Verhandlungen informiert. Mehrere Besprechungen mit Ministern haben stattgefunden. Das amtliche Weißbuch der Regierung war dem Generalrat Anlaß zu einem ausführlichen Memorandum. Darin betont er, daß der Hauptzweck einer Freihandelspolitik in Europa die Erhöhung und Stabilisierung der Beschäftigung in den westeuropäischen Ländern sein soll. Er verlangt, daß in dem Abkommen die Maßnahmen klar niedergeschrieben werden, die jedes beteiligte Land für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in Aussicht zu nehmen gedenkt.

Die englische Regierung hat zwar ein hohes und stabiles Beschäftigungsniveau als eine wesentliche Bedingung für den Erfolg einer Freihandelsgemeinschaft anerkannt, aber ihr Weißbuch enthält dar-

über kein Wort. Weder ihre eigenen Maßnahmen noch der TUC-Vorschlag, bindende Bestimmungen in dem Abkommen festzulegen, werden in dem Regierungs-Weißbuch erwähnt. Der Generalrat hat der Regierung daraufhin einen eigenen Entwurf für solche Bestimmungen überreicht. Sie erklären die Vollbeschäftigung als Ziel jedes Mitgliedstaates und sehen vor, daß jährlich ein Bericht gegeben wird über die Maßnahmen, die jedes Land ergriffen hat. Sie beziehen sich weiter auf die staatliche Beeinflussung von Verbrauch und Kapitalanlage. Zur Unterstützung der Vollbeschäftigung soll jedes Land verpflichtet sein, eine staatliche Arbeitsvermittlung aufzubauen. Der Entwurf sagt zum Schluß, daß alle anderen Bestimmungen des Abkommens über den gemeinsamen europäischen Handelsmarkt unter Berücksichtigung der Vollbeschäftigung beurteilt werden sollten.

Von der englischen Regierung verlangt der Generalrat weiter, daß sie Pläne für die Unterstützung der Arbeiter bereit hat, die ihren Arbeitsplatz als Folge der durch den gemeinsamen Handelsmarkt bewirkten Veränderungen verlieren. Es soll auch Hilfe für Umschulung und, wenn nötig, auch für Uebersiedlung in andere Gegenden gewährt werden. Mit diesen Sicherungen, glaubt er, können die Gewerkschaften dem Anschluß zustimmen.

Der Generalrat ist zu dieser Stellung in engster Fühlungnahme mit der Gewerkschaftsbewegung jener europäischen Länder gekommen, die der europäischen Freihandelsgemeinschaft angehören sollen. Eine europäische Regionalkonferenz des IBFG anerkannte die Notwendigkeit der Sicherung der Vollbeschäftigung und der Erhöhung des Lebensstandards. Sie bestand auf dem Recht der Gewerkschaften, daß mit ihnen in allen Phasen der Verhandlung und bei der Durchführung des Abkommens beraten wird.

Einige Delegierte aus der Fahrzeug- und Automobilindustrie äußerten ernste Besorgnis über die Auswirkungen des Anschlusses Englands auf erhebliche Teile der Arbeiterschaft. Der Kongreß stimmte mit den Bedingungen, die der Generalrat festgelegt hat, dem Anschluß an den gemeinsamen europäischen Handelsmarkt zu.

Gerader Weg aus dem Dschungel der Regierungspolitik

Von Anfang an lag über dem Kongreß eine Spannung, die ihre Lösung erst mit der *Beratung über die Wirtschaftspolitik* der Regierung und ihre Zumutung an die Gewerkschaften fand, in einer Periode andauernder Preiserhöhungen von Lohnforderungen Abstand zu nehmen. Der Generalrat hat die Regierung vor einer Fortsetzung ihrer Wirtschaftspolitik gewarnt, weil sie, soweit sie der Inflation Einhalt gebieten sollte, ein völliger Fehlschlag geworden ist. Er hat ihr in einem Memorandum in diesem Frühjahr und in einer späteren Eingabe positive Vorschläge für eine Wirtschafts-

politik unterbreitet, deren Durchführung eine Erhöhung der Kapitalanlagen in den Ausfuhrindustrien und eine allgemeine Produktionssteigerung auslösen könnte.

Aber die Regierung bleibt dabei, die Gesundung der Wirtschaft der einseitigen Begünstigung der Besitzenden unterzuordnen. Sie hat die Ermäßigung der Einkommenssteuer für hohe Einkommen und die teilweise Befreiung von der Profitsteuer von Jahr zu Jahr fortgesetzt. Dem Staate gehen dadurch jährlich etwa 32 Milliarden Franken verloren. Diesen enormen Steuerverlust versucht die Regierung durch Einschränkungen der staatlichen Ausgaben für Sozial- und Erziehungszwecke, durch Erhöhung früher eingeführter Gebühren für den ehemals gebührenfreien staatlichen Gesundheitsdienst und durch neue Beiträge für diesen auszugleichen. 530 Millionen Franken muß die versicherte arbeitende Bevölkerung vom 1. September 1957 an jährlich für den Gesundheitsdienst aufbringen! Die Regierung hat die Mütter- und Kleinkinder-Wohlfahrt abgebaut, den Schulkindern die Schulspeisungen verteuert und verweigert den Alten eine Rente, die zum Leben reicht. Sie hält an der wohlüberlegten Politik der Preiserhöhungen fest und hat in diesem Jahre 6 Millionen Mietern die Wohnungsmiete um einen Drittel bis zum Zweifachen der bisherigen Mieten verteuert und die völlige Beseitigung des Mieterschutzes und der Mietenkontrolle, die in England seit vierzig Jahren bestehen, zu einem großen Teil durchgeführt. Sie hat den staatlichen Zuschuß an die Gemeinden für den allgemeinen Wohnungsbau eingestellt und den gemeindlichen Wohnungsbau damit fast zum Stillstand gebracht. Das alles hat mit der Bekämpfung der Inflationsgefahr nichts zu tun!

Aber alle diese Maßnahmen drücken auf den Lebensstandard der Volksmehrheit, entwertet den 8 300 000 Gewerkschaftern von Woche zu Woche ihre Arbeitsverdienste! Und die gleiche Regierung, die dafür verantwortlich ist, mutet nun den Gewerkschaften zu, zu schweigen und vor allem auf jede Lohnforderung zu verzichten, weil sie damit angeblich die Inflation vorwärtstreiben.

Das ist der Hintergrund zu der EntschlieÙung über die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Lohnpolitik der Gewerkschaften. In ihr wird die Wirtschaftspolitik und die Unfähigkeit der Regierung verurteilt, das Problem der Preise und Profite erfolgreich zu behandeln, und dagegen protestiert, daß die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes beharrlich unbeachtet geblieben sind. Sie drückt die Entschlossenheit der Gewerkschaften aus, solange Preise und Profite unkontrolliert bleiben, solche gewerkschaftlichen Schritte zu unternehmen, die sicherstellen, daß die Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten. Es folgt das Bekenntnis zu den Prinzipien des kollektiven Verhandlungssystems und zu der Ueberzeugung, daß es das Recht der Gewerkschaften ist, gerechte Lohn-

forderungen zu vertreten. Die wirkliche Lösung dieser Streitfragen wird von einer neuen Arbeiterregierung erhofft.

Diese Entschließung wurde von der größten englischen Gewerkschaft, dem Transport- und allgemeinen Arbeiterverband, vorgelegt und von ihrem Generalsekretär, *Cousins*, begründet. Er erinnerte daran, daß innerhalb von zehn Monaten der amtliche Index der Lebenshaltungskosten von 102 auf 107 gestiegen ist, die Erhöhung der Profite unkontrolliert vor sich geht, die Dividenden 1956 um 6,5 Prozent höher waren als im Jahre vorher und daß die Löhne in der gleichen Zeit nur um 5,5 Prozent gestiegen sind.

«In manchen Köpfen», so sagt *Cousins*, «hat sich die befremdende Idee festgesetzt, daß die Gewerkschaften etwas Unrechtes tun, wenn sie sich wie Gewerkschaften benehmen. Wir haben der Regierung nicht diktiert, aber wir haben das Recht, sie zu kritisieren. Die Gewerkschaften werden den Lebensstandard der Arbeiter in Verhandlungen und, wenn nötig, durch Schiedsverfahren zu schützen suchen; aber wir reservieren uns unser Recht, die Arbeit einzustellen, wenn alle anderen Mittel, Gerechtigkeit zu erhalten, versagen. Unsere Gewerkschaftsbewegung hat eine anerkanntenswerte Beschränkung bewiesen, als es leicht für sie war, ihre enorme Macht zu gebrauchen. Sie bricht nicht mit dieser Tradition. Wir denken nicht daran, den Mantel der Unverantwortlichkeit zu übernehmen. Wir werden fortfahren, die Probleme ebenso ernst zu untersuchen, wie wir das immer getan haben. Wenn aber die Regierung den Unternehmern den Rat gibt, in Lohnverhandlungen nicht nachzugeben, wie sie es im Konflikt in der Maschinenindustrie getan hat, und wenn sie dem Autobuspersonal eine Zulage von Fr. 1.80 pro Woche zumutet, während der unabhängige Schiedsrichter Fr. 6.70 für erforderlich hält, so sagen die Gewerkschaften, daß die Verantwortungslosigkeit bei der anderen Seite liegt.»

Cousins erklärte weiter, daß die verantwortlichen Personen in der Gewerkschaftsbewegung nicht den Streik wünschen und daß es andere Wege gibt, um die Probleme besser zu lösen. Niemand wünsche Kraftproben, aber die Gewerkschaften hätten der Regierung zu zeigen, daß sie meinen, was sie sagen. Die Regierung könne den Gewerkschaften nicht das Recht bestreiten, Gewerkschaften zu sein. Von dem von der Regierung eingesetzten Dreimännerrat für Preise, Produktion und Einkommen erwarten die Gewerkschaften nichts Nützliches.

«Wir glauben, unser traditioneller Weg der Verhandlungen mit den Unternehmern ohne Einmischung der Regierung ist der richtige. Wir wünschen nicht, daß uns irgend jemand erzählt, wie der Kuchen verteilt werden soll, wenn nicht gleichzeitig jene Leute unter Kontrolle genommen werden, die über die Größe des Kuchens entscheiden. Wir brauchen keinen Dreimännerrat, wir haben etwas Besseres in unserem Generalrat.»

Eine Reihe von Rednern von allen größeren Gewerkschaften folgte und alle sprachen in dem gleichen Sinne. Ohne Gegenstimme wurde die Entschließung angenommen.

Sie ist nichts anderes als die einfache Erklärung, daß die Gewerkschaften sich weiter bemühen werden, ihre Mitglieder und deren Familien – und sie sind die Mehrheit des Volkes – in Schutz zu nehmen gegen eine Regierungspolitik, die Wohnungsmieten, Preise und Profite in die Höhe treibt und die Löhne auf einem ungenügenden Standard festhalten will.

Ein gewerkschaftliches Nationalisierungsprogramm?

Es waren stets wirtschaftliche und soziale Gründe, die seit länger als fünfzig Jahren die Forderung von Englands Gewerkschaften nach Verstaatlichung oder Sozialisierung gewisser Wirtschaftszweige bestimmt haben. So auch jetzt. Die jüngste Phase der industriellen Entwicklung rückt die Nationalisierung schärfer in den Vordergrund, und mehrere Verbände halten es für die Aufgabe des TUC, die Ausdehnung der öffentlichen Eigentümerschaft aktiv zu unterstützen. Der Kongreß wurde in einer gemeinsamen EntschlieÙung ersucht, den Generalrat zu beauftragen, die weitere Nationalisierung von Industrien zu untersuchen und Vorschläge auszuarbeiten. Gleichzeitig soll er mit dem politischen Flügel der Arbeiterbewegung das Nationalisierungsprogramm für die nächsten Wahlen formulieren.

Nach einer neuen Studie des Staatsinstituts für soziale Wirtschaftsforschung bestehen in England 512 große Industriegesellschaften, von denen jede ein Vermögen von über 30 Millionen Franken hat. Sie beherrschen den privaten Sektor der englischen Wirtschaft. Auf sie entfallen 50 Prozent der Profite, und ihr Anteil an den gesamten Kapitalgewinnen beträgt annähernd 80 Prozent. Diese 512 Gesellschaften sind zum Hauptzentrum der englischen Wirtschaft geworden. Diese Entwicklung verursacht soziale Veränderungen, die von den Gewerkschaften mit Wachsamkeit verfolgt werden. So geht der Einfluß der Aktionäre immer mehr zurück, und es wird daraus geschlossen, daß ein teilweiser oder vollständiger Wechsel von der privaten zur öffentlichen Eigentümerschaft kaum ein neues Problem für den ungestörten Fortgang der Unternehmungen aufwirft.

Das private Besitzrecht an diesen großen Gesellschaften ist von außerordentlicher sozialer Bedeutung, da von ihm ein mächtiger Antrieb für die Aufrechterhaltung und Verschärfung der sozialen Ungleichheit ausgeht. In England bilden die Industrieaktien den größten Posten des privaten Reichtums; die Eigentümerschaft dieser Aktien ist mehr konzentriert als jede andere Art von Besitz, stellen sie doch annähernd 50 Prozent der großen Vermögen im Lande dar.

Der Generalrat billigte die EntschlieÙung, und sein Redner erklärte, daß es in der Behandlung dieses Problems keine wesent-

lichen Differenzen zwischen dem TUC und der Arbeiterpartei gibt. In der Debatte wurden außer der Stahlindustrie und dem motorisierten Straßentransport vor allem die Flugzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie und außerdem die Automobil- und die Baumaterialienindustrie als nationalisierungsreif bezeichnet. Auch diese EntschlieÙung fand einstimmige Annahme.

«Daily Herald»

Ueber die Veränderung in der Herausgabe des «Daily Herald» wurde in einer geschlossenen Sitzung berichtet. Er ist die einzige englische Tageszeitung, die die Bestrebungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei unterstützt. Er wurde im Jahre 1912 während eines Arbeitskampfes im Druckgewerbe gegründet. Schon 1924 erreichte er vorübergehend eine tägliche Auflage von über 420 000. Doch wachsende finanzielle Schwierigkeiten erzwangen im Jahre 1929 die Uebergabe an eine neugegründete Verlagsgesellschaft, von deren Aktien der Generalrat des Gewerkschaftsbundes 49 Prozent und ein privater Zeitschriftenverlag «Odham» 51 Prozent übernahm. Die Arbeiterpartei war am «Daily-Herald»-Verlag nicht beteiligt. Im Vertrag war festgelegt, daß über die Haltung des Blattes in Fragen der Gewerkschafts- und Labourpolitik nur die vier Direktoren entscheiden, die vom Generalrat dem Aufsichtsrat angehören. 1930 erreichte der tägliche Verkauf des Blattes 2 Millionen Stück und mehr.

In den letzten fünf Jahren hat sich die geschäftliche Situation ungünstig gestaltet. Die Leitung von «Odham», die gleichzeitig die geschäftliche Leitung des «Daily-Herald»-Verlags ist, sieht die Ursache in einem Rückgang der Verbreitung des Blattes und in der Bindung an die Gewerkschafts- und Labourpolitik. Sie glaubt, daß, wenn sie mehr Freiheit in der redaktionellen Führung hat, sie den Leserkreis auf die Mittelklasse ausdehnen und damit das Inseratengeschäft verbessern könnte.

Sie unterbreitete vor einigen Monaten dem Generalrat den Vorschlag, sie von den Bindungen zu befreien und ihr allein das Verlagsrecht zu übertragen. Das wurde zuerst vom Generalrat abgelehnt, aber er war bereit, das Verlagsrecht auf ein Jahr abzutreten. Damit war «Odham» nicht zufrieden, er verlangte es für 25 Jahre. Nach längeren Verhandlungen willigte der Generalrat ein. In einem Sonderbericht an den Kongreß sagt er, daß er überzeugt ist, daß «angesichts der ernstesten Drohung, daß der «Daily Herald» aufhören würde zu erscheinen, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung fühlen wird, daß ein befriedigendes Abkommen geschlossen wurde. Es erhält die Existenz des «Daily Herald» und schützt seine gewerkschaftliche und politische Stellungnahme. Das Blatt hat seine Loyalität gegenüber der Arbeiterbewegung bewiesen. Diese Loyalität

wird fort dauern, und wenn sie von der Loyalität und Unterstützung der Millionen Gewerkschafter und Wähler der Arbeiterpartei ergänzt wird, so ist der Erfolg sicher.» Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Gewerkschaftliche Schulung und andere Aufgaben

Der neue Anlauf für eine umfassende gewerkschaftliche Schulung, der mit der Eröffnung des «TUC-College» im neuen Hauptverwaltungsgebäude des Gewerkschaftsbundes unternommen worden ist, wurde vom Kongreß einmütig begrüßt. Die Heimschule ist im September eröffnet worden, und bis Dezember werden acht vierzehntägige Kurse stattfinden, an denen über 300 Schüler teilnehmen. Unter ihnen befinden sich Gewerkschaftsangestellte, Betriebsvertrauensleute, Komiteemitglieder und andere Funktionäre der verschiedenen Verbände. Der Gewerkschaftsbund gibt jedem angeschlossenen Verband auf je 12 000 Mitglieder eine Freistelle für die Kurse.

Von dem vom Kongreß angenommenen Entschlüssen seien noch folgende erwähnt:

Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust und volle Durchführung des Achtstundentags und der Vierzigstundenwoche;

Protest gegen das Wohnungsmietengesetz, verbunden mit dem Appell an die nächste Arbeiterregierung, das «frevelhafte» Gesetz aufzuheben;

die Erzeugung und Versuchsexplosionen der H-Bomben sofort einzustellen mit dem Ersuchen an den Generalrat, auf die Regierung für ein Abkommen mit anderen Regierungen über das bedingungslose Aussetzen der Explosionen als einen ersten Schritt zum Verbot der Kernwaffen einzuwirken. Diese Resolution bittet den IBFG, allen angeschlossenen Gewerkschaften die gleiche Aktion zu empfehlen.

*

Von den *ausländischen Gästen*, zu denen für den schweizerischen Gewerkschaftsbund Dr. E. Wyß gehörte, begrüßten zwei Kanadier und zwei Amerikaner den Kongreß. *Walter Reuthers* dynamische Art der Schilderung der gewerkschaftlichen Erfolge in den Vereinigten Staaten löste bei den Delegierten starke Beifallsstürme aus.

Die *Neuwahlen* des Generalrats brachten keine Veränderung. Für vier Ausscheidende wurden entsprechend den Vorschlägen neue Mitglieder gewählt. Die zwei vorgeschlagenen Kommunisten unterlagen. Dem Generalrat gehört nunmehr seit 1949 kein Kommunist an.

K. F. Bielick, London